



KOMMENTAR

Von GA-Redakteur
Christoph Meurer

Erst handeln, dann streiten

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte nicht immer. Das trifft mit Sicherheit auf die Grundstücks- und Hausbesitzer in den Abschnitten des Bornheimer Rheinufer zu, die abrutschgefährdet sind. Denn letztlich tragen Bund und Land ihren Streit um die Kosten für die Sanierung des Ufers auf dem Rücken der Bürger aus – nicht den um die provisorischen Arbeiten, sondern den Disput um die Finanzierung der endgültigen Sanierung.

Dabei ist es zunächst zweitrangig, ob die Anlieger einmal selbst zur Kasse gebeten werden oder nicht. Viel schlimmer wiegt aktuell der Umstand, dass theoretisch wohl jederzeit Teile der Böschung am Rheinuferweg oder am Leinpfad abrutschen könnten. Was dann passieren könnte, mag man sich nicht ausmalen. Ralf Stark von der Interessengemeinschaft „Bornheimer Rheinufer“ liegt mit seinem Vorschlag daher vollkommen richtig. Land und Bund sollten bei der endgültigen Sanierung des Ufers so verfahren, wie es bei den provisorischen Arbeiten der Fall war: erst handeln und sich dann über die Kosten streiten.

Bislang ist das Verhalten von Land und Bund absolut nicht bürgerfreundlich. Die Mitglieder der Interessengemeinschaft sind daher gut beraten, mit einer gemeinsamen und lautstarken Stimme zu sprechen, damit sich am Rheinufer endlich etwas tut. Wer wie viel bezahlen muss, sollte geklärt werden, wenn keine akute Gefahr mehr besteht.

Mit Drogen im Blut am Steuer

Polizei kontrolliert in
Alfter und Bornheim

ALFTER/BORNHEIM. Bei Verkehrskontrollen hat die Bonner Polizei am vergangenen Montag mehrere Verkehrssünder erwischt. Nach eigenen Angaben kontrollierte die Polizei an der Ecke Landesstraße 118/Bleibtreustraße in Roisdorf sowie im Bereich K12n/Bonner Weg in Alfter insgesamt 145 Fahrzeuge und 165 Personen.

In Roisdorf habe man einen 19-Jährigen und einen 32-jährigen Fahrer eines Kleinkraftrades angehalten, die beide ohne gültige Fahrerlaubnis unterwegs gewesen seien, hieß es von der Polizei. Bei einem 24-jährigen Autofahrer hätten sich wiederum Hinweise auf den Konsum von Betäubungsmitteln ergeben. Auf richterliche Anordnung wurde ihm laut Polizei eine Blutprobe entnommen.

23-jähriger Beifahrer mit Haftbefehl gesucht

In Alfter kontrollierten die Beamten einen 25-jährigen Fahrer, bei dem sich Hinweise auf den Konsum von Cannabis ergaben. Ein Drogentest habe den Verdacht erhärtet, so die Polizei weiter, auch ihm sei eine Blutprobe entnommen worden. Der 23-jährige Beifahrer eines Autos sei schließlich nach Überprüfung seiner Personalia festgenommen worden, da gegen ihn ein Haftbefehl vorgelegen habe. Insgesamt neun Kontrollierte waren nach Polizeiangaben nicht angeschnallt und mussten ein Verwarngeld zahlen. Weitere acht Verwarnfelder wurden wegen anderer Verkehrsverstöße fällig, unter anderem aufgrund von Verstößen gegen die Vorfahrt. *meu*

Wer bezahlt die Sanierung?

Bornheimer Rheinufer: Gericht lässt Berufung des Bundes im Streit um Kostenübernahme zu

VON CHRISTOPH MEURER

BORNHEIM. Bis die Bagger zur Sanierung des Bornheimer Rheinufer anrücken, wird es wohl noch Jahre dauern. Ebenso dürfte noch viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen sein, bis feststeht, wer die Arbeiten bezahlt. Schließlich streiten das Land NRW und der Bund bereits darum, wer allein die provisorischen Sicherungsmaßnahmen finanziell zu verantworten hat. Dazu hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) für das Land NRW in Münster nun den Antrag des Bundes auf Zulassung der Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln in Teilen zugelassen. Der Streit um die Kostenübernahme geht also weiter.

Zahlreiche Risse im Asphalt des Leinpfads und des höher gelegenen Rheinuferwegs deuten darauf hin, dass das Rheinufer instabil ist. Experten sind sich einig, dass die Gefahr besteht, dass Teile der Böschung abrutschen könnten. Bekanntlich war das Ufer von November 2013 bis weit ins Jahr 2014 von den Widdiger Rheinterrassen bis zur Einmündung in Höhe der Siegstraße in Hersel gesperrt. Seit Juni 2014 weist die Stadt Bornheim mit Schildern auf mögliche Gefahren sowie auf Fahr- und Halteverbote hin. Und das, obgleich in den Jahren 2010/11 bereits provisorische Arbeiten zur Sicherung des Ufers erfolgt waren. Tonnenschwere Steine wurden etwa in die Böschung gekippt. Kosten: rund 1,4 Millionen Euro. Im Oktober 2009 hatten die Stadt Bornheim, das Land NRW und die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) eine Vereinbarung geschlossen. Sie besagt, dass sich Land und WSV die 1,4 Millionen Euro zunächst einmal teilen und später vor Gericht klären lassen, wer die Rechnung endgültig bezahlen muss.

Dazu hatte Ende Juli 2015 das Verwaltungsgericht Köln ein Urteil gesprochen. Die Richter hatten entschieden: Der Bund muss zahlen. Die WSV hatte daraufhin angekündigt, in Berufung zu gehen. Das OVG habe den Antrag nun zugelassen, da es in der Sache um „einige schwierige Rechtsfragen“ gehe, sagt OVG-Pressesprecher Ulrich Lau. Unter anderem geht es um die Definition von „Ufer“ im wasserrechtlichen Sinn. Sprich: Welche Bereiche gehören zum Ufer und welche nicht? Laut Lau hat die WSV bis zum 13. Mai Zeit, die Berufungsbegründung einzureichen. Dann wird das Verfahren vor dem OVG eröffnet. Bei der WSV hat man die Entscheidung aus Münster naturgemäß positiv aufgenommen. „Die Reichweite der wasserwirt-



Risse im Asphalt deuten darauf hin, dass das Bornheimer Rheinufer in Bewegung ist.

FOTO: AXEL VOGEL

schaftlichen Unterhaltungsverpflichtung der WSV ist nicht nur im Fall Bornheim, sondern generell von hoher Bedeutung“, teilt Kristin Hildebrandt von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der WSV auf GA-Anfrage mit, und: „Insofern begrüßen wir, dass das OVG unserem Antrag stattgegeben hat und bereit ist, sich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen. Das Urteil wird zur weiteren Rechtssicherheit beitragen.“

Beim Land NRW ist man zurückhaltend. Aus der Zulassung der Berufung sei nicht zu ersehen, wie das OVG in der Sache entscheiden wird, sagt Birgit Müller, stellvertretende Pressesprecherin des Landesumweltministeriums, das das Land vertritt. „Schlussfolgerungen für weiteres können daher auch noch nicht gezogen werden“, so Müller. „Weiteres“ meint etwa, wer die dauerhafte Sanierung des Bornheimer Rheinufer bezahlen muss. Dazu hatte das Verwaltungsgericht Köln nämlich gar kein Urteil gesprochen. Es stünde ja noch gar nicht fest, welche Arbeiten überhaupt erforderlich seien, hatten die Kölner Richter damals ausgeführt. In dieser Hinsicht ließen die Münsteraner Richter auch keine Berufung zu. Ver-

mutlich wird sich irgendwann aber auch darum vor Gericht gestritten.

Ungeachtet davon ist abzusehen, dass es teuer wird. Im Raum stehen Summen von bis zu 20 Millionen Euro. Das ist auch für die Anlieger des Rheinufer von Bedeutung. Es wird egal sein, ob Land oder Bund am Ende bezahlen: Die Grundstückseigentümer werden wohl anteilig für die Sanierung bezahlen müssen.

„Als Bürger
sind Sie
weitgehend
machtlos“

Ralf Stark
IG Rheinufer Bornheim

„Durch die Zulassung der Berufung hat sich für die Anlieger überhaupt nichts verändert“, sagt Ralf Stark von der Interessengemeinschaft „Rheinufer Bornheim“, die sich Ende August 2015 gegründet hatte. Ganz gleich, ob der Bund oder das Land in die Verantwortung genommen wird: „Wir werden zur Kasse gebeten“, meint Stark. Er schätzt, dass das juristische Verfahren – auch mit der Möglichkeit zur Revision – noch mehrere Jahre dauert. Und das betreffe nur die provisorischen Maßnahmen.

Mit Blick auf die endgültigen Arbeiten fragt sich Stark, warum Bund und Land nicht auch in diesem Fall zunächst die Arbeiten durchführen und sich anschließend um die Kosten gerichtlich streiten. Schließlich könnte es je-

derzeit zum Abrutschen der Böschung kommen, was wiederum aufgrund der Gefahrensituation dazu führen könnte, dass Bewohner nicht mehr auf ihre Grundstücke oder in ihre Häuser dürften, so Stark. „Was ist mit dem Bürger?“, fragt er sich.

Er habe bereits überlegt, die Sanierungsarbeiten im Bereich seines Grundstücks selbst zu übernehmen. Allerdings seien die Kosten „astronomisch“, erläutert Stark. Ein Gutachter habe errechnet, dass 100 Meter Böschung rund 577 000 Euro (Arbeiten und Planung) kosten würden. Außerdem bedürften solche Arbeiten der Planfeststellung, also der Genehmigung der betroffenen Behörden, so Stark weiter. „Als Bürger sind Sie weitgehend machtlos“, konstatiert er und fügt hinzu, dass man eigentlich nur beten könne, dass nichts passiert.

Als zuständige Ordnungsbehörde kontrolliert die Stadt Bornheim regelmäßig das Rheinufer. Sollten akute Gefahren festgestellt werden – etwa nach Hochwasser oder längeren Regenphasen –, könnte ein Notfallplan greifen, sagt Bürgermeister Wolfgang Henseler. Dieser sehe etwa eine Sperrung des Rheinuferwegs vor. Pläne, Verbote zum Betreten von Grundstücken oder Häusern auszusprechen, gebe es nicht, so Henseler.

Polizei hofft auf Hinweise nach 33 Jahren

Bornheimer Mordfall
bei „Aktenzeichen XY“

BORNHEIM. Auf Hinweise aus der Öffentlichkeit hoffen die Fahnder der Mordkommissionen aus Bonn und Düsseldorf im Nachgang der Fernsehsendung „Aktenzeichen XY ungelöst“, die am Mittwochabend (20.15 Uhr) im ZDF ausgestrahlt wird. Wie berichtet, geht es in der Sendung auch um einen 33 Jahre zurückliegenden Mordfall aus Bornheim.

In den frühen Abendstunden des 19. August 1984 wurde die damals 20-jährige Psychologiestudentin Ulrike Hingkeldey aus Bonn an der heutigen Landesstraße 281 zwischen Wesseling und Bornheim tot aufgefunden. Die 20-Jährige wollte per Anhalter zu ihren Eltern nach Wuppertal reisen. Nach den damaligen Ermittlungen wurde die Studentin zwischen 20.30 und 20.50 Uhr letztendlich neben dem Tankstellengelände am Verteilerkreis Köln/Süd gesehen. Dort soll sie in einen möglicherweise hellroten Sportwagen eingestiegen sein. „Aktenzeichen XY“ hatte bereits 1984 über den Fall berichtet und veröffentlichte damals einige Hinweise: Der Fahrer des Wagens soll etwa 30 Jahre alt gewesen sein, hatte ein schmales Gesicht, dünnes, stark gewelltes blondes Haar und einen blonden Oberlippenbart, der bis zu den Mundwinkeln reichte. Er soll ein knallrotes Sweatshirt und darüber eine dunkle, ärmellose Jacke getragen haben. Das Auto mit Wuppertaler Kennzeichen soll einem Sportwagen geähnelt haben.

Neue Erkenntnisse durch DNA-Untersuchung

Durch eine DNA-Untersuchung konnte die Kreispolizei Mettmann mittlerweile eine Verbindung zu einem Mordfall von 1979 in Velbert herstellen. Dort war ein Reiter am 26. Mai auf die zerstückelte Leiche der 17-jährigen Regina Neudorf aus Wülfrath gestoßen. „Durch das Zusammenführen der Ermittlungsergebnisse aus beiden Fällen ergibt sich nunmehr ein klareres Bild vom Täter und die daraus resultierende Wahrscheinlichkeit, dass Zuschauer der Sendung einen entscheidenden Hinweis liefern können“, heißt es in einer Pressemitteilung, die die Bonner Polizei im Vorfeld der Fernsehsendung veröffentlicht hat. *meu*

► **Hinweise zu den beiden Mordfällen** nehmen alle Polizeidienststellen sowie das Kriminalkommissariat 11 der Bonner Polizei unter ☎ 02 28/1 50 entgegen. Das zuständige Kriminalkommissariat in Düsseldorf ist unter ☎ 02 11/87 00 erreichbar.

Spargel gedeiht im Schutz der schwarzen Folie

Alfters Bürgermeister Rolf Schumacher sowie Mädchen und Jungen der Kita „Rasselbande“ stechen die ersten Stangen des edlen Gemüses

VON STEFAN HERMES

ALFTER. Nun ist sie offiziell eröffnet, die Alfterer Spargelsaison 2017. Längst schon ist es auf dem Hof der Familie Mandt zur Tradition geworden, dass Bürgermeister Rolf Schumacher zusammen mit den Kindern der Alfterer Kindertagesstätte „Rasselbande“ die Spargelsaison eröffnet.

„Warum hat der Herr Mandt denn überall diese schwarzen Folien auf seinen Feldern?“, versucht der Verwaltungschef das Interesse der acht Mädchen und Jungen für den Spargelanbau zu wecken. Karlheinz Mandt erklärt, dass es der Spargel dadurch etwas wärmer hat und somit früher gestochen werden kann. Mandt ist der einzige Spargelbauer Alfters, der das begehrte Gemüse auf seinen 1,5 Hektar Lößböden anbaut. Je nach Witterung wird er bis zum Johannisfest, dem 24. Juni, mit einem Ertrag von fünf bis acht Tonnen pro Hektar rechnen können.



Landwirt und Spargelbauer Karlheinz Mandt erklärt den Mädchen und Jungen der „Rasselbande“ zusammen mit Bürgermeister Rolf Schumacher (links) den Anbau des Alfterer Spargels.

FOTO: STEFAN HERMES

Bei den momentan recht kühlen Temperaturen ist das Erntergebnis allerdings noch gering. Mit zwei

weiteren Helfern durchsucht Mandt die etwa sieben Kilometer langen, aufgeschütteten Spargel-

dämme nach erntereifen Sprossen, die ihren auf diese Weise künstlich verlängerten Weg an die Oberfläche gefunden haben. Da Spargel bei sehr günstiger Witterung etwa 0,75 Zentimeter pro Stunde wachsen kann, werden die Spargelreihen an günstigen Tagen am frühen Morgen und am späteren Nachmittag durchgesehen, da zu diesen Zeiten die Verdunstungsverluste unter den Folien am geringsten sind.

Spargelstechen ist nach wie vor eine mühsame Handarbeit. Zum Ernten wird ein speziell gebogenes Messer benötigt mit dem der Spargel möglichst tief abgeschnitten wird, ohne seine Nebentriebe zu beschädigen, eine Maurerkelle zum Wiederverschließen der aufgewühlten Erde und ein Korb zum Sammeln der begehrten weißen Stangen. Was sich einfach anhört, bedarf vieler Übung und „Fingerspitzengefühl“. Bürgermeister Schumacher hatte zwar recht schnell und geschickt die symbolisch erste Spargelstange ans Licht

gebracht, konnte sie jedoch nicht in voller ungebrochener Länge präsentieren. „Eigentlich wird der Spargel viel zu günstig angeboten“, weiß Mandt, der den ausgesuchten dicken weißen Spargel im Moment für etwa zehn Euro in seinem Hofladen anbietet. „Wenn es da immer wieder heißt, da wächst das Gold aus dem Boden“, meint der Landwirt, „dann ist das schon lange nicht mehr wahr“.

Er weiß, wie viel Arbeit hinter jeder geernteten Stange steckt und ist sichtlich unglücklich darüber, dass es im Gegensatz zu früheren Zeiten, heute immer mehr um schnellen Ertrag und hohe Rendite gehen muss, denen er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten zu entziehen versucht. Mandt mag den Spargel. Am liebsten klassisch, mit Sauce Hollandaise oder Butter. Neue Kartoffeln sind ihm zu geschmacklos. Er zieht eine gut gelagerte, goldgelbe Belanakartoffel ihrer modischen Variante aus fernen Ländern vor.